

Anrede

Wir erhalten heute Gelegenheit uns wie bereits in Bern Gedanken zu machen zum Wert des Abstimmungsprivilegs und der Zuständig- und Zumutbarkeit von frankierten Stimmcouverts.

Auf Bundesebene wurde 2018 eine analoge Frage vom National- und Ständerat behandelt und letztlich ständerätlich verworfen. Die inhaltliche Debatte ist kantonal wie auf Bundesebene sehr ähnlich. Nur ein Aspekt: Was passiert, falls eidgenössische, kantonale oder Gemeindeabstimmungen gestaffelt stattfinden. Man denke nur mal zweite Wahlgänge bei Schulbehörden oder diverse Gemeindewahlen und Sachthemen. Soll dann für diese Abstimmungen der Kanton jeweils auch zahlen oder «zwingt» der Kanton dort die Gemeinden diese zu übernehmen? Generell? Oder wann doch nicht? Uneinheitlichkeit in der gleichen Gemeinde kann den Stimmbürger verwirren, da er je nachdem eine Briefmarke benötigt oder nicht, würde er den postalischen Weg wählen. Erster Wahlgang so, zweiter nicht mehr so, es sei denn, der Kanton greift regulativ in die Gemeindehoheit ein. Alles lösbar klar, aber unnötig. ein gefundenes Fressen für Juristen.

In 9 Kantonen wird derzeit das Porto vom Kanton übernommen **oder** diese verpflichten die Gemeinden, dieses Porto zu übernehmen. **Die Kantone übernehmen, aber verpflichten die Gemeinden.** Damit sind alle Sonderregelungen - wie zweite Wahlgänge und Gemeindeabstimmungen auch ausserhalb der normalen Abstimmungs-wochenenden automatisch geregelt. Wollen wir dies wirklich? Manch ein Gemeindevertreter in diesem Saal dürfte wohl das Wort Gemeindehoheit erwähnen und sich wehren. -- Soll nun aber wie gefordert nun umgekehrt, einfach der Kanton eintreten, da die Gemeinden dies nicht flächendeckend als sinnvoll ansehen? Nein. Das Signal wäre schlecht. Die hier vorgeschlagene kantonale Lösung ist abzulehnen.

Bern ist neben dem Thurgau einer von sieben Kantonen welche eine Vorfrankierung für die Gemeinden optional zulässt. In einer Studie der Uni Freiburg wurde eine bis zu 2% höhere Stimmbeteiligung festgestellt, bei gemeindeseitig vorfrankiertem Couvert. 5.5% oder 18 von 325 Berner Gemeinden haben vorfrankiert. 6 dieser 18 Gemeinden haben die Massnahme mittlerweile aber wieder aufgehoben. Trotz leicht höherer Quote. Bemerkenswert. 96% der Gemeinden erachten es ihren Stimmbürgern als zumutbar, notfalls den Willen mit einer Briefmarke aus dem eigenen Sack zu berappen. Wieviele der 80 Thurgauer Gemeinden derzeit das Porto übernehmen, weiss ich nicht. Ich bin aber überzeugt, die Gemeinden wissen selber am besten, wann sie zum Porto greifen müssen und wo es nach wie vor zumutbar ist, dass innert drei Wochen alle mal an beim Abstimmungsbriefkasten der Gemeinde vorbeikommen. Sonst würde dies ja auch bei Gemeindeabstimmungen automatisch ein Thema werden. Ob der Nutzen und der damit verbundene Aufwand somit sinnvoll sind, bleibt dahingestellt. Alle Einwohner dafür in die Pflicht zu nehmen, sehen jedenfalls nicht alle Gemeinden als richtiges Mittel. Nur weil die meisten Gemeinden diesen Extra Service nicht anbieten,

heisst aber nicht, dass der Kanton hier gleich eine neue Kantonsaufgabe suchen muss. Hier würden unnötig Kosten auf den Kanton überwält und mit der Giesskanne ein Dienst übernommen, obwohl er nicht nötig ist. Dass vielleicht 2% der Stimmberechtigten profitieren ist denkbar. Weitere gut 50 % werden damit nicht abgeholt, der Thurgauer Gesamtbevölkerung aber neue, unnötige Kosten aufgebürdet.

Nebenbei Stimmbeteiligung: andere Massnahmen würden diese absolut deutlich stärker anwachsen lassen. Wir als glp Fraktion erinnern hier an das Stimm- und Wahlrecht für 16-jährige. Viele müsste man nicht motivieren, sie würden sich einlesen und ihren Willen kundtun und sich nicht von einer Briefmarke motivieren lassen.

Apropo Briefmarken: Viele nutzen schon lange keine Briefmarken mehr, sondern lösen das über einen SMS Dienst. 414. Es braucht keinen Briefmarkenvorrat zu Hause um abzustimmen. Mobil-Lösungen werden zunehmend verfügbar. Der Bundesrat setzt sich für die Ausdehnung auf den elektronischen Stimmkanal ein. Nach Auffassung des Bundesrates hat dieser zusätzliche elektronische Stimmkanal ich zitiere aus der Debatte in Bern «klar Priorität vor einer Förderung der brieflichen Stimmabgabe».

Für uns glp aber am Wichtigsten: Das demokratische Recht seine Meinung an der Urne zu äussern ist ein Privileg. Menschen bezahlen dafür weltweit mit dem eigenen Leben oder gehen, wie gerade exakt heute Mittwoch! Joshua Wong in Hongkong für dieses Privileg für 13,5 Monate ins Gefängnis. Vor gut einem Monat erst sah man in Amerika lange Schlangen und stundenlanges Anstehen vor der Wahlurne um seinen Willen kund zu tun. All dies geschieht, weil es einem wichtig ist, weil Demokratie von Einsatz und Willen sich einzubringen lebt. Wer sich das Stimmrecht erarbeitet, erkämpft oder mit der Einbürgerung nach Jahren für sich erworben hat, wird die heute diskutierte Motion wohl mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen. Diese Menschen sehen das erworbene Recht auch als Pflicht und Privileg und verpassen wohl selten Abstimmungen. Nicht stimmen zu gehen ist aber auch ein Recht. Trotz sehr niederschweligen Hürden und viel Aufwand der Politik wird dies auch in Zukunft so sein. Auch ein Zeichen von Wohlstand, Freiheit und einer Demokratie.

Das Recht wählen zu gehen ist somit nicht zu verwechseln mit einer Pflicht des Staates alles dafür zu tun, dass ich dies auch mache. «there is no free lunch» für uns Bürger und es ist kein gutes Zeichen als Gesellschaft einfach dem Staat unnötige Kosten zu überwälzen. Kennedy oder Seneca haben dies in einem Zitat das m.E. für diese Motion passt, wie folgt umschrieben: «Frag nicht was der Staat für dich machen kann, sondern frage dich, was du für den Staat tun kannst». Abstimmen, notfalls mit Einsatz einer Briefmarke ein schöner Ansatz.

Seine Meinung einzubringen oder es zu lassen ist ein Privileg, das wir nicht genug achten können. Auch wenn man nicht dieselbe Meinung haben muss, ist es ebenso gut und enorm wichtig, dass man darüber debattieren darf. Die glp Fraktion dankt deshalb

den Motionären ausdrücklich für die Motion. **Wir beurteilen die Motion wie bereits der Kanton als nicht notwendig. Wir lehnen sie deshalb grossmehrheitlich ab.**